

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Kopiererei
Gruner Nr. 20
Kellerei Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Reichen bescheidlichseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1394
Kellerei
Riesa Nr. 22

Nr. 110.

Dienstag, 14. Mai 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 7 Uhr mit Ausnahme des Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Ein halbes Jahr 17 Mark, ein Jahr 32 Mark. Bei Vorabnahme von 3 Monaten 10 Mark, 6 Monaten 18 Mark, 9 Monaten 25 Mark, 1 Jahr 32 Mark. Der Preis für den Anzeiger ist nach dem Inhalt der Anzeigen zu bestimmen. Die Anzeigen werden nicht über den 1. Juli d. J. hinaus entnommen. Die Anzeigen werden nicht über den 1. Juli d. J. hinaus entnommen. Die Anzeigen werden nicht über den 1. Juli d. J. hinaus entnommen.

Der neue Autonomienkrieg im Elsaß.

Nach dem zweiten Wahlgang bei den Gemeindevahlen in Frankreich läßt sich ein abschließendes Urteil über die politische Situation fällen. Es muß im allgemeinen davon ausgegangen werden, daß eine wesentliche Verschiebung in den parteipolitischen Verhältnissen Frankreichs danach nicht zu beobachten ist. Aber von ganz besonderem Interesse dürfte der erneute Sieg der elsaßischen Autonomisten sein. Ihre Kandidaten waren von Anfang an für Herrn Voicard und die französische Nationalisten eine Enttäuschung. Seit Voicards Wahl hat man sich in dem sentimental Traum eingeschlossen, daß Straßburg und das Elsaß um die bevorstehende Zugehörigkeit zu Frankreich trauern. So erwartete man nicht nur rassistische Fabeln bei der Wiederkehr, sondern auch dauernde Dankbarkeit für die Wiederherstellung der alten Reichsgrenze. Die Dankbarkeit ist gänzlich ausgeblieben. In der Seele des elsaßischen Volkes wohnen offenbar ganz andere Gefühle, als die patriotische Legende in Frankreich glauben annehmen zu dürfen. Herr Voicard hatte sich, was ja so ganz seiner gewalttätigen und selbstherrlichen Natur entspricht, eingebildet, daß die Autonomisten-Bewegung mit einem scharfen Straßburger abgetan werden könnte. Der im Colmarer Prozeß verurteilte Dr. Ross ist noch heute in Besançon im Untersuchungsgefängnis. Gerade ihn aber betrachteten die Elsäßer als den kommenden Bismarck von Straßburg. Die Autonomisten haben in Straßburg sechs Sitze erobert, wobei in den meisten Fällen noch die Stimmen der elsaßischen Volkspartei kommen werden, die vier Sitze erobert hat. Bisher beherrschte die Sozialdemokratie das Elsaß in Straßburg und stellte aus ihren Reihen den Bürgermeister von Straßburg. Jetzt verliert sie nur noch über sieben Sitze. Sie ist in ihren Sozialistensympathien gegenüber Frankreich offenbar viel weiter gegangen, als es der Stimmung der elsaßischen Wählerschaft entspricht. Auch die Haltung der Demokraten, die gleichfalls auf sieben Sitze beschränkt bleiben, ist nicht entschieden genug für die elsaßischen Wünsche nach einem wirklichen Selbstbestimmungsrecht gewesen. Eine Schwierigkeit für die Autonomisten liegt höchstens darin, daß sie bei einer Reichsgebildung mit den Kommunisten werden rechnen müssen, die auch sechs Sitze eroberten. Bei dem scharfen Gegensatz, zu dem diese zu dem Regiment Voicard stehen, werden sie aber, trotz ihres besonderen politischen Programms, häufig mit den Autonomisten zusammen gehen. Auch in ihren Reihen stehen viele Wähler, die mit der französischen Einstellung der Sozialdemokratie nicht einverstanden sind.

Nach glanzvoller war der Sieg der Autonomisten in Colmar. Hier steht das alte deutsche Gymnasium leer, weil man es mit französischen Schülern aus Colmar selbst natürlich nicht füllen konnte. Man hat ein Internat für aus Frankreich herangeholte Schüler und Schülerinnen daraus gemacht. Hier steht das aufsteigende Denkmal des früheren Professors Weiß, in dem die neuen Herren des Landes dessen französischfreundliche Stimmung glauben ehren zu dürfen. Hier begehen einem auf der Straße und in den Cafés überall die französischen Soldaten und Offiziere, die sich gemächlich deutsch unterhalten, weil das nun einmal ihre Muttersprache ist. Nur in Paris kann man darüber trauern, daß in dieser deutsch-sprechenden Stadt die autonomistisch-katholische Liste einen Vorsprung von 60 Stimmen vor allen anderen gewann. Der Führer, Dr. Ross, der diese Liste führt, ist einer der in der Umgebung Voicards bestgeachteten Männer. Die elsaßische Bevölkerung aber hält mit der ihr eigenen Hartnäckigkeit an ihrem Vertrauen zu diesem Kandidaten fest. Die Colmarer Entwicklung bedeutet sogar einen gewaltigen Aufschwung des Autonomismus. Bisher beherrschten Sozialisten und Demokraten das Rathaus, jetzt haben die Autonomisten die Mehrheit für sich. Die alten Regenten konnten keinen einzigen Sitz für sich erobern. Fast die ganze Bürgerschaft war nach der Wahl auf den Beinen, und überall in den Straßen erkundete das Lied: „O Straßburg, du wunderbare Stadt!“ Die Franzosen mühten auf diese ärgerliche Enttäuschung wieder einmal nicht anders zu reagieren, als mit Gewalt. Die Polizei nahm die rot-weißen elsaßischen Fahnen weg, an deren Stelle aber deshalb noch lange keine Tricolore erschien. Die begehrte Volkswahrung wurde wieder und wieder auseinandergetrieben, blieb aber trotzdem bis tief in die Nacht hinein auf den Beinen. So wird man in Paris lernen müssen, auch wenn das eine recht bittere Lektion ist, daß die Politik der früheren, sogenannten „Protektoren“ im Sinne des beschriebenen Rechtsanwaltes Weiß etwas ganz anderes bedeutete, als die Schwärze nach der gewalttätigen Franzosierung. Von deutscher Seite kann man angesichts dieser Wahlergebnisse nun auch nicht mehr mit Freude zusehen.

Wenn irgend etwas eine spontane Volkswanderung war, dann diese Gemeinde-Wahlen in Straßburg und Colmar! Nun mag in den halbvergessenen Bocarno-Abmachungen noch so viel über den deutschen Verzicht auf das Elsaß stehen, nun mögen die Franzosen daraus noch so weitgehende staatspolitische Folgerungen ziehen, den kulturellen Zusammenhang zwischen Elsaß und Deutschland lösen sie trotzdem nicht auf. Für die Zukunft eröffnen sich aus dieser Situation heraus doch allerdings interessante Aussichten. Ist es als eine bloße Utopie betrachtet worden, wenn man dem elsaßischen Volke eine besondere Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen französischer und deutscher Kultur vertraute. Gerade auch

Neue Finanzdebatte im Reichstag.

Der Reichsfinanzminister über die Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage.

abg. Berlin, 13. Mai, 8 Uhr.

Abg. Krawinkel (Komm.) nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort und verlangt, daß zunächst kommunale Kredite auf Aufhebung des Verbots des Reichs-Kampferbundes und der „Roten Fahne“ beraten werden. Diese Verbote seien die Einleitung zum faschistischen Regim. Der Redner schließt mit dem dreimaligen Ruf: „Kraft! Kraft!“ Die Kommunisten stimmen in diesen Ruf ein, die übrigen Abgeordneten lachen.

Dem kommunalistischen Verlangen wird widersprochen. Durch Reichstagsbeschluss wird bestimmt, daß an erster Stelle der Gesetzentwurf über

Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage (500 Millionen-Anleihe)

beraten wird.

Reichsfinanzminister Dr. Giffarding

behandelt den Entwurf. Der vorliegende Entwurf wolle einen Weg zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten der Kassenlage des Reiches suchen. Eine Anleihe im eigentlichen Sinne sei zurzeit nicht untragbar. Die Banken könnten angesichts der gespannten Geldlage nicht hinreichend helfen. Nach dem Entwurf sollen Schuldscheine und Staatsanleihen, die aufgrund der Kreditermächtigung ausgeben werden, bis zum Betrag von 500 Millionen RM. betragen werden von der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer und der Einkommensteuer befreit. Nach der Vorlage soll der Reichsfinanzminister weiter ermächtigt werden, die Reichsbahn-Vorgussaktien an öffentliche Kreditanstalten unter Übernahme der Garantie für die Zahlung einer Dividende von 7 Prozent zu verkaufen. Das Reich hat ungefähr 700 Millionen Vorgussaktien der Reichsbahn im Besitz. Nach dem Gesetzentwurf sollen die Reichsbahn-Vorgussaktien mit den Reichsanleihen gleichgestellt werden. Ein Zwang zur Übernahme wird nicht angewandt. Die notwendige schnelle Hilfe für die Reichskasse kann aber durch die Ausgabe der Vorgussaktien nicht gebracht werden. Darum muß eine öffentliche Anleihe mit dem besonderen Anreiz der Steuerbefreiung aufgelegt werden. Die berechtigten Bedenken gegen ein solches Verfahren sind von der Regierung nur zurückgestellt worden mit Rücksicht darauf, daß es sich hier nur um eine einmalige vorübergehende Maßnahme handeln soll. Darum kann sich die Regierung auch nicht dem Beschluß des Reichstags anschließen, der auch für Schuldscheine und Staatsanleihen der Länder bis zu einer Gesamthöhe von 40 Prozent der geschuldeten Reichsanleihe die gleichen Steuerbefreiungen gewährt. Der einmalige und begrenzte Notstand der Reichskasse bietet zur pessimistischen Beurteilung der allgemeinen Finanzlage keinen Anlass. Wir sind auf dem Wege, mit unseren Finanzen in Ordnung zu kommen. Der vorliegende Entwurf ist der erste Schritt dazu; weitere Schritte werden folgen. Um neue Steuern wird es sich dabei jedoch nicht handeln.

Abg. Ende (Komm.) meint, der vorliegende Entwurf kennzeichnet die politischen Zustände in Deutschland. Er sei die Ordnung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Den Besitzern der größten Vermögen werde hier ein Millionenbesitz aus den Steuergrößen der Arbeiter gemacht. Es sei auffällig, daß der Reichsfinanzminister sein Wort über die geplante Verschärfung der Arbeitslosenversicherung gesagt habe. Diese Verschärfung sei doch das Objekt des Handels mit der Deutschen Volkspartei. Nicht nur finanziell, sondern auch politisch sei diese Regierung demotiviert.

Abg. Graf Helldorf (Dnat.) spricht sein Befremden darüber aus, daß die Sozialdemokratische Fraktion zu dieser Vorlage sich noch nicht zum Wort gemeldet habe. Die Rede des Finanzministers habe einen niederdrückenden Eindruck gemacht. Die verzweifelte Finanzlage habe zu einem ganz verzweifelten Beschluß geführt. Gerade im Hinblick auf die Pariser Verhandlungen sei dieser Moment der allerwichtigste zur Einbringung der Vorlage. Noch größere Bedenken als gegen die Steuerbefreiung mühten gegen die Verschärfung der Reichsbahn-Vorgussaktien erhoben werden. Die Deutschnationalen mühten sich ihre Stellungnahme vorbehalten bis nach Abschluß der Auswärtigen Verhandlungen.

Abg. Schmidt-Berlin (Zsp.) erklärt, angesichts des Grades der Lage sollte man nicht über die Ursachen der Finanznot streiten, sondern Hand an Werk legen. Wir Sozialdemokraten haben gegen den in der Vorlage eingeschlagenen Weg auch sehr starke Bedenken. Auch wir werden uns unsere Stellungnahme vorbehalten, (lautes Gelächter rechts) bis wir im Anschluß gehört haben, ob bessere Vorschläge gemacht werden, wie wir die Finanzen des Reiches in Ordnung bringen können. An dieser Aufgabe

kann keine verantwortungsbewußte Partei vorbeigehen. Wir müssen wieder Sicherheit und Beruhigung schaffen. Es hat schon eine gewisse Frucht aus der Mark eingeblüht, wenn auch eine Inflationsgefahr nicht besteht. In einer Schädigung des deutschen Kredits rechne ich die Briefe des deutschnationalen Parteiführers Eugen Berg an seine Freunde in Amerika (sehr richtig! links). Angesichts der Verhältnisse in der nun einmal bestehenden kapitalistischen Gesellschaft ist jetzt die Anleihe nicht ohne den Anreiz der Steuerbefreiung.

Abg. Wollsch (Wirtschaftspartei) nennt es eine neue Methode der Regierungskunst, wenn Regierungsparteien sich die Stellungnahme zu den Vorlagen der von ihnen selbst gestellten Minister vorbehalten. Der Vitzing nach Canossa wäre dem Finanzminister erspart geblieben, wenn die Regierung schon seit Jahren die Maßnahmen der Wirtschaftspartei bei der Staatshilfe beachtet hätten. Die jetzt geforderte Steuerbefreiung führt zu großen Steuerausfällen der Länder und Gemeinden und die werden wieder ausgeglichen durch Erhöhung der Realsteuern auf Kosten des gewerblichen Mittelstandes. Wir haben gegen die Vorlage die schwersten Bedenken.

Abg. Dr. Goebel (Nat.-Zsp.) meint, seine Freunde hätten schon seit Jahren die große Meute vorausgesehen, die jetzt nicht mehr verschleiert werden könne. Die von angeblich Sozialisten geführte Regierung beuge sich vollständig in die Abhängigkeit von Jakob Goldkorn und dem Dörsenkapital. Wenn der jüdische Finanzminister sich gegen eine pessimistische Beurteilung der Finanzlage wendet, so muß man fragen: Was ist dann noch pessimistisch zu beurteilen? (Stufe links: „Ihre Rede!“ Weiterer links.) Mit so abvermen Wägen läßt sich der Ernt der Lage nicht verschleiern. Der Bankrott der Regierung ist da. Wir appellieren an das Volk.

Abg. v. Sebel (Edg.-Nat. Bauernpartei) erklärt, seine Freunde würden der Regierung keine Mittel bewilligen, bis eine grundlegende Finanzreform durchgeführt sei. Dazu gehöre vor allem Spararbeit, auch in der Form einer Entlastung der Reichslanddiäten, und eine radikale Reform der Arbeitslosenversicherung. Der vorliegende Entwurf sei unannehmbar. Er werde auch zu einer Inflationsgefahr für den Privatcredit führen.

Damit schließt die Aussprache.

Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die zweite Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft

wird fortgesetzt.

Abg. Dankens (DVP.) führt aus, mit Steuererleichterungen allein sei der Landwirtschaft nicht zu helfen. Eine Preissteigerung für die landwirtschaftlichen Produkte werde es nicht geben. Diese Belastung sei für den einzelnen Konsumenten verschwindend gering im Verhältnis zu dem daraus entstehenden Nutzen für die Landwirtschaft und die Gesamtwirtschaft. Jolle seien kein Alibi. Der Redner begründet einen von den übrigen bürgerlichen Regierungsparteien unterstützten Antrag, die Einfuhr von dänischem Rindfleisch und Rindfleisch in den Monaten August, September, Oktober und November einzusperren.

Abg. Franke (Wirtschaftsp.) betont, der gewerbliche Mittelstand sei mit der Landwirtschaft auf Gedeih und Verderb verbunden. Der Mittelstand wolle der Landwirtschaft helfen und alle politischen Maßnahmen unterstützen, die zur Befundung der Landwirtschaft führen können; aber mit der Subventionierung müsse endlich Schluss gemacht werden. Der Redner verlangt eine gründliche Reform der Preisstabilität, damit nicht auf Grund falscher Zahlen der Zwischenhandel der übermäßigen Verteuerung der Produkte beschuldigt wird. Wenn der Landbau ein Zusammenwirken der landwirtschaftlichen mit den Verbraucherorganisationen propagiert, so geht er einen bedeutenden Weg. Der Mittelstand in Stadt und Land gehört zusammen.

Um 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 8 Uhr vertagt.

Auf der Tagesordnung steht weiter die zweite Beratung des Entwurfs zur Verbesserung der Kassenlage des Reiches.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Vorlage zur Verbesserung der Kassenlage. — Zustimmung unter Vorbehalt.

* Berlin. (Telunion.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag in mehrstündiger Beratung mit dem Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Verbesserung der Kassenlage. In der Fraktion wurden namentlich lebhaft Bedenken gegen die finanzielle Begünstigung der Reichsanleihe laut. Mit 43 gegen 33 Stimmen beschloß die Fraktion schließlich, der Vorlage unter Vorbehalt ihrer Stellung zu den Einzelheiten zuzustimmen.

die gewalttätige Franzosierungspolitik der Gegenwart glaubt über eine solche Idee mit völliger Rücksichtnahme hinweggehen zu können. Realpolitik ist diese Realpolitik nicht. Realpolitik wird vielmehr von jetzt ab dauernd mit der Realität des elsaßischen Autonomiegedankens rechnen müssen.